

PARLAMENTARISCHER KOOPERATIONSAUSSCHUSS EU-MOLDAU

ZEHNTE SITZUNG

1.-2. Oktober 2007

CHISINAU

Ko-Vorsitzende: Marianne MIKKO und Victor STEPANIUC

Abschlussklärung und Empfehlungen

gemäß Artikel 89 des Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit

Unter dem gemeinsamen Vorsitz von Frau Marianne MIKKO (PSE, Estland) und Herrn Victor STEPANIUC (Kommunistische Partei Moldaus, Moldau) fand am 1. und 2. Oktober 2007 in Chisinau die zehnte Sitzung des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Moldau statt. Der Ausschuss führte Aussprachen mit Herrn Igor DODON und Herrn Valeriu OSTALEP im Namen der Regierung der Republik Moldau, Herrn Petr KYPR im Namen des portugiesischen Ratsvorsitzes der Europäischen Union und Herrn Paolo BERIZZI, amtierender Leiter der Delegation der Europäischen Kommission in Moldau im Namen der Europäischen Kommission.

Der Parlamentarische Kooperationsausschuss vereinbart Folgendes:

Der Parlamentarische Kooperationsausschuss

Beziehungen EU-Moldau

1. begrüßt die Entscheidung Moldaus für Europa und erkennt an, dass die weitere Stärkung der Beziehungen EU-Moldau im gegenseitigen Interesse der EU und Moldaus liegt;
2. bekräftigt seine fortgesetzte Unterstützung für Moldaus territoriale Integrität und Souveränität;
3. begrüßt die anhaltenden Bemühungen der moldauischen Behörden bei der Umsetzung des Aktionsplans EU-Moldau; betont die Bedeutung des Plans zur Festigung der Beziehungen zwischen der EU und Moldau und zur Untermauerung der politischen und wirtschaftlichen Reformen in Moldau; unterstreicht zudem, dass die erfolgreiche Umsetzung des Aktionsplans Moldau dabei unterstützen wird, ein hohes Maß an wirtschaftlicher Integration und vertiefter politischer Zusammenarbeit mit der EU zu erreichen;
4. würdigt die Arbeit der Delegation der Europäischen Kommission in Chisinau und betont, dass diese Delegation den politischen Einfluss der Union in dem Land erheblich stärken und einen Schwerpunkt für ihre Aktivitäten festlegen muss;
5. begrüßt die Ernennung von Herrn Kalman MIZSEI zum neuen Sonderbeauftragten der Europäischen Union (EUSR) für die Republik Moldau, fordert ihn insbesondere auf, sich

aktiv um eine nachhaltige Beilegung des Transnistrien-Konflikts im Einklang mit den vereinbarten Zielen der EU-Politik und in enger Abstimmung mit der OSZE zu bemühen;

6. begrüßt die Mitteilung der neunten Sitzung des Kooperationsrates EU-Moldau vom Juni 2007, in der betont wurde, dass die moldauischen Behörden verstärkt Anstrengungen bei der Umsetzung demokratischer Reformen in entscheidenden Bereichen wie der Achtung der Menschenrechte, der Freiheit der Medien, der Anerkennung des Rechtsstaatsprinzips einschließlich der Unabhängigkeit der Justiz unternehmen müssten;
7. bekräftigt, dass gemäß Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union für Moldau weiterhin die Aussicht auf Beitritt zur EU besteht und gemäß den Bestimmungen des Aktionsplans die Möglichkeit einer neuen Vertragsbeziehung zwischen Moldau und der EU in Betracht gezogen werden könne, nachdem die in diesem Dokument festgelegten Bestimmungen erfüllt sind;
8. begrüßt die Fortschritte, die beim Abschluss des Abkommens über Visumerleichterungen und des Rückübernahmeabkommens zwischen der EU und der Republik Moldau als Bestandteile einer kohärenten Strategie zur Stärkung der Beziehungen im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik erreicht wurden; fordert die Europäische Kommission auf, zu gewährleisten, dass die zwei Abkommen gleichzeitig vor dem 1. Januar 2008 in Kraft treten;
9. schätzt das Niveau der Tätigkeit der Gemeinsamen Visumstelle, die in der ungarischen Botschaft eingerichtet und unlängst in Chişinău eröffnet wurde, hoch ein und betont nachdrücklich, dass die Visumstelle den moldauischen Bürgern den Zugang zum freien Personenverkehr erleichtern werde; begrüßt die Initiative der Länder, die sich an der Visumstelle beteiligen, sowie der Länder, die ihre Bereitschaft erklärt haben, Visa über die gemeinsame Visumstelle auszustellen
10. betont, dass die Behörden für einen hohen Grad an Professionalität des moldauischen Diplomatischen Corps Sorge tragen und ihre Bestrebungen verstärken müssen, bilaterale Verträge mit ihren Nachbarn und Partnern abzuschließen;

Regionale Zusammenarbeit

11. begrüßt die von der Europäischen Kommission im April 2007 veröffentlichte Mitteilung „Die Schwarzmeersynergie - Eine neue Initiative zur regionalen Zusammenarbeit“;
12. hebt die Notwendigkeit hervor, dass alle Länder der Schwarzmeerregion gemeinsam stärkere Anstrengungen für eine verbesserte Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse unternehmen, wie beispielsweise Demokratie, Achtung der Menschenrechte und verantwortungsvolle Staatsführung, Lösung eingefrorener Konflikte, Energie, Verkehr, Umweltschutz, Handel, Forschung und Bildung, Wissenschaft und Technik, Migrationssteuerung, Beschäftigung und soziale Angelegenheiten;
13. ermutigt Moldau, als Mitglied im Stabilitätspakt für Südosteuropa weiterhin aktiv an allen regionalen Vorhaben mitzuarbeiten und auf diese Weise auf eine verstärkte regionale Zusammenarbeit mit den Ländern Südosteuropas hinzuwirken;

Rechtsstaatlichkeit

14. begrüßt die Schlussfolgerungen des Berichts über die Reise des Vorstands der EP-Delegation im Parlamentarischen Kooperationsausschuss EU-Republik Moldau vom Mai 2007, insbesondere im Hinblick auf die Ergebnisse der lokalen Wahlen;

unterstreicht, dass künftige Wahlen ohne jede Einschränkung frei und demokratisch durchgeführt werden müssen;

15. betont die entscheidende Bedeutung freier und unabhängiger Medien und der Möglichkeit der Zivilgesellschaft, Kritik an der Regierung zu üben;
16. betont die Bedeutung, die der Umsetzung der Bestimmungen des ENP-Aktionsplans im Bereich Justiz und Inneres als eines wirksamen Instruments der Zusammenarbeit zwischen der EU und Moldau im Bereich Justiz, Freiheit und Sicherheit zukommt;
17. begrüßt die Haftentlassung von Herrn Valeriu Pasat im Juli 2007 und verweist auf die Bedeutung der Gewährleistung von Transparenz und Unabhängigkeit gerichtlicher Verfahren, damit ähnliche Fälle in Zukunft vermieden werden;
18. fordert die moldauischen Behörden dringend auf, die Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen, darunter auch des Menschenhandels, zu verstärken; empfiehlt die Veröffentlichung statistischer Informationen über Korruption und Fälle der Korruptionsbekämpfung;
19. fordert die moldauische Regierung dringend auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Verpflichtungen Moldaus, Folter und Misshandlung in Untersuchungshaftanstalten und allgemein in Strafanstalten einzudämmen, erfüllt werden;

Sozialer Aspekt

20. unterstreicht die Notwendigkeit, dringende Maßnahmen im Hinblick auf die als Folge der jüngsten Dürre weit verbreitete Armut im Land zu ergreifen, die den Alltag Menschen beeinträchtigt;
21. fordert die moldauischen Behörden auf, moderne Maßnahmen anzunehmen und umzusetzen, die den Zugang zum Bildungs- und Gesundheitswesen erleichtern;

Wirtschaftliche Entwicklung

22. nimmt die wiederholten Ankündigungen Russlands zur Kenntnis, das Embargo für moldauische Weine und landwirtschaftliche Erzeugnisse aufzuheben; nimmt ferner das De-facto-Fortbestehen des Embargos und der Unstimmigkeiten zwischen den Seiten zur Kenntnis; fordert die Seiten auf, den Konflikt rasch, transparent und gerecht beizulegen;
23. begrüßt die von Moldau eingeleiteten Reformen zur Ausstellung von Präferenzursprungsbescheinigungen, die Voraussetzung dafür sind, Moldau möglicherweise autonome Handelspräferenzen einzuräumen; nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission beabsichtigt, dem Rat einen Vorschlag über die mögliche Erteilung autonomer Handelspräferenzen für Moldau noch vor Ende des Jahres 2007 zu unterbreiten und äußert die Hoffnung, dass dieser Vorschlag vom Rat genehmigt wird;
24. fordert die moldauischen Behörden auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um zweckdienliche wirtschaftliche Anreize und rechtliche Schutzbestimmungen zu schaffen, die zu einer Diversifizierung der Wirtschaft führen und bedeutende Investitionen in das Land holen können; betont die außerordentliche Bedeutung, die dem Einwerben von Investitionen und der Schaffung von Arbeitsplätzen beizumessen ist, damit die anhaltende Abwanderung moldauischer Arbeitskräfte verringert wird;
25. begrüßt die Genehmigung der neuen Energiestrategie des Landes bis zum Jahr 2020 durch die moldauische Regierung, die den Anforderungen der europäischen

Energiegemeinschaft entspricht; vertritt die Auffassung, dass diese Strategie für die Sicherung der Nachhaltigkeit des moldauischen Energiesektors, die umfassendere Nutzung erneuerbarer Energiequellen und die Liberalisierung der Energiemärkte wichtig ist;

26. fordert die moldauische Regierung auf, diese Strategie zu nutzen, um das Investitionsklima im Energiesektor zu verbessern, Moldau zu einem zuverlässigen Transitland zu machen und die Effizienz der Erzeugung, des Verkehrs und der Verteilung von Energie zu verbessern;

Transnistrien

27. unterstreicht, dass die Lösung des Transnistrien-Problems ein entscheidendes Element bei der Förderung des wirtschaftlichen Wohlstandes und der politischen Stabilität in der Republik Moldau ist und fordert in dem Zusammenhang die Wiederaufnahme der 5+2-Verhandlungen; ersucht die Präsidenten der Republik Moldau und der Russischen Föderation, transparente Verhandlungen zu führen und die geeignetste Lösung für das Transnistrien-Problem zu finden; weist jedwede Parallelen zwischen Transnistrien und Kosovo zurück;
28. begrüßt die Entlassung der letzten politischen Gefangenen aus Transnistrien aus moldauischer Haft; fordert die moldauischen Behörden nachdrücklich auf, ihre Wiedereingliederung in die moldauische Gesellschaft zu gewährleisten;
29. äußert Besorgnis angesichts der jüngsten Entscheidung der Russischen Föderation, ihre Teilnahme am Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa auszusetzen;
30. fordert die Russische Föderation erneut auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen und ihre Streitkräfte aus der Region Transnistrien in Moldau ohne jede Vorbedingungen und unter Beobachtung und Kontrolle der OSZE abzuziehen; fordert die Russische Föderation darüber hinaus auf, alle ihre Waffen- und Munitionslager in der Region zu räumen bzw. zu zerstören;
31. lobt die ausgezeichnete Arbeit der Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschutzes (EUBAM) an der Grenze zwischen Moldau und der Ukraine und begrüßt die Verlängerung des Mandats der Mission bis zum 30. November 2009.

Einstimmig angenommen.